

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

begonnen haben wir die Woche mit einer weiteren erfolgreichen Kommunalkonferenz. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen haben an der Veranstaltung teilgenommen. Wir konnten erneut deutlich machen, dass wir die Sorgen und Nöte der Kommunen ernst nehmen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen werden. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass die Bundesregierung die Kommunen nicht ausbluten lässt. Wir werden immer wieder darauf aufmerksam machen, dass es sich bei den Plänen von Schwarz-Gelb um ein milliardenstarkes Umverteilen von den Unternehmen auf die Bürger handelt. Das werden wir nicht zulassen. Die Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden.

Die Debatten im Plenum standen im Zeichen der abschließenden Beratung des Bundeshaushalts 2010. Was die Bundesregierung vorgelegt hat, ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit und der Verunsicherung. Schwarz-Gelb steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuerschuldung zu. Noch niemals, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Doch die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Besonders skandalös ist die Haushaltssperre von 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis spätestens Ende April aufgehoben wird. Es erscheint uns allerdings unwahrscheinlich, dass sich die Koalition angesichts ihrer fortwährenden Grabenkämpfe auf die Entsperrung der Mittel so schnell einigen kann. Deshalb wird es ab der zweiten Jahreshälfte zu einem drastischen Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen. Damit steigt die Arbeitslosigkeit und der Aufschwung hat so keine Chance. Das Nachsehen haben Regionen, die ganz besonders von Arbeitslosigkeit gebeutelt sind. Dies ist aber wahrscheinlich nur ein kleiner Vorgeschmack auf die zu erwartende ungerechte Arbeitsmarktpolitik nach der NRW-Wahl.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

02 **Topthema: Bundeshaushalt 2010**

04 Kommunalkonferenz

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY

TELEFON (030) 227-510 99 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 19.03.2010, 12.00 UHR

TOPTHEMA

Bundeshaushalt 2010: Die Bundesregierung hat bisher völlig versagt

Die schwarz-gelbe Regierung hat noch immer zu keiner schlüssigen Politik gefunden. Dies wird besonders deutlich bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2010. Deutschland braucht jetzt eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Doch die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Keine Konsolidierungsstrategie

Haushaltskonsolidierung ist trotz entsprechender Beteuerungen des Bundesministers der Finanzen und der Koalition kein vorrangiges Ziel. Der Bundesfinanzminister hat sich geweigert, eine mittelfristige Finanzplanung mit klarer Konsolidierungsstrategie vorzulegen. Zumindest bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen will sich die Regierung wegducken und Grausamkeiten erst danach verkünden. Schwarz-Gelb hat mit 80,2 Milliarden Euro für 2010 die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten.

Ein Teil der Nettokreditaufnahme ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraus folgende konjunkturelle Entwicklung bedingt. Die Koalition hat die Neuverschuldung aber bei weitem nicht in dem Umfang abgesenkt, wie es möglich und angesichts der konjunkturellen Entwicklung auch dringend geboten ist. Stattdessen hat sie den Spielraum vorrangig zur Finanzierung von Wahlgeschenken verbraucht, insbesondere für die Begünstigung von Hoteliers und Unternehmen.

Seit der Aufstellung im Dezember haben sich Ausgabensätze beim Arbeitsmarkt, bei den Zinsen sowie bei der Steinkohle nochmals ohne jedes Zutun der Regierung um weitere 5,5 Milliarden Euro vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition hat es dennoch gerade einmal geschafft, die Neuverschuldung um diesen Betrag abzusenken. Von Einsparungen kann unter dem Strich also entgegen dem von der Koalition erweckten Anschein keine Rede sein.

Regierungskoalition blockiert Investitionen

Die Koalition hat die Strukturen des Haushaltes gravierend verschlechtert. Zum einen sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gekürzt worden, was mit Kofinanzierungen und Drittmitteln einen Nachfrageausfall von rund 1 Milliarde Euro in diesem Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Zum anderen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsgesetz pauschal um etwa 4 Milliarden Euro gekürzt worden. Dadurch können entsprechend längerfristig angelegte Aufträge nicht im vollen Umfang vergeben werden und in Einzelfällen sogar große Projekte durch die unsinnige pauschale Kürzung völlig blockiert werden, weil sie nicht mehr durch finanziert sind.

Sperrung von Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik

Während Minister Westerwelle gegen Arbeitsuchende wettet, hat die Koalition 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen gesperrt, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis spätestens Ende April aufgehoben wird. Wer allerdings glaubt, dass sich die Koalition auf die Entsperrung der Mittel so schnell einigen kann, der unterschätzt die koalitionsinternen Grabenkämpfe völlig. Deshalb wird es ab der zweiten Jahreshälfte zu einem drastischen Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen. Gerade bei Bildungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüssen, Programmen für Jugendlichen oder beim erfolgreichen Programm 50Plus wird es zu Einschnitten

kommen. Damit steigt die Arbeitslosigkeit – der Aufschwung hat so keine Chance. Das Nachsehen haben Regionen, die ganz besonders von Arbeitslosigkeit gebeutelt sind.

Eigenes Sparkonzept der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat dagegen ein eigenes Sparkonzept vorgelegt, das die Neuverschuldung auf 77,8 Milliarden Euro absenkt. Dabei sind dennoch auch Schwerpunkte auf der Ausgabenseite gesetzt worden: Für die Entwicklungshilfe haben wir zusätzlich 1,25 Milliarden Euro beantragt, für Maßnahmen der Bildung und Forschung 230 Millionen Euro und zur Entlastung der Gemeinden 400 Millionen Euro (Kosten der Unterkunft).

Unklarer Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands

Der misslungene Sparanlauf der Koalition macht für 2011 und die Folgejahre noch misstrauischer als bisher. Ab 2011 müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Und nach wie vor verweigert die Koalition den Bürgerinnen und Bürgern jede Auskunft, wie sie diese immense Sparanstrengung erbringen will.

Der völlig unklare Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen lähmt die Wirtschaftskräfte dieses Landes. Gerade große Unternehmen warten ab und beschränken sich auf reine Erhaltungsinvestitionen – eine gefährliche Entwicklung. Mit ihrer völlig unambitionierten Politik gefährdet diese Koalition auch die Stabilität in der Euro-Zone. Die anderen Länder schauen mit Sorge auf den unklaren Kurs Deutschlands.

Für die Klientel und gegen die Zukunft

Im Umweltbereich streicht Schwarz-Gelb knapp 20 Millionen Euro für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien und sperrt weitere 115 Millionen Euro - während Minister Röttgen mit diesem Geld den Leitungsbereich seines Ministeriums und seines Büros für zwei Millionen Euro umbaut und einen zusätzlichen Kommunikationschef mit rund 8.000 Euro Brutto im Monat einstellt. Soziale, öffentliche und kulturelle Einrichtungen können also keine klimafreundlichen und CO₂-sparenden Glühlampen mehr kaufen, weil das Ministerium schöner werden soll.

Im Verkehrs- und Bauetat verkündet Minister Ramsauer stets, er wolle mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße bringen - und streicht zugleich mit 64 Millionen Euro etwa die Hälfte der Mittel, die für den Ausbau der Schnittstellen dieser Verkehrswege (sog. genannter "Kombinierter Verkehr") vorgesehen sind. Dafür soll nun aber der Transrapid - ein Verlustgeschäft - weiter gefördert, indem die Teststrecke weiter betrieben werden soll - nur zum Nutzen der beteiligten Industrie.

Für die Klientel und gegen die Zukunft war das Leitmotiv der Koalition für die Maßnahmen in den Einzelplänen. Deutschland hätte Besseres verdient.

Unser Land braucht eine handlungsfähige Regierung

In einem Entschließungsantrag haben wir die Bundesregierung nochmals unter anderem aufgefordert:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers, das allein 1 Milliarde Euro kostet, zurückzunehmen.
- Die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- In der Arbeitsmarktpolitik die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen und fortfahren können, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

- Das Projekt einer unsozialen und ungerechten Kopfpauschale zu beerdigen. Die Zusatzbeiträge sind abzuschaffen, die paritätische Finanzierung ist wieder herzustellen. Die Regierung darf der Explosion der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nicht tatenlos zusehen, sondern muss endlich insbesondere die steigenden Kosten für Arzneimittel in den Griff bekommen.
- Für die Kommunen ist ein Rettungsschirm zu schaffen, der Städte, Gemeinden und Landkreise wieder so handlungsfähig macht, dass sie ihre örtlichen Aufgaben für die Bürger angemessen erfüllen können.
- In der Finanzmarktpolitik endlich von Betroffenheitsbekundungen zum Handeln zu kommen. Im Rahmen der G20 und in der EU muss die Bundesregierung die Schließung von Steueroasen voranbringen, das international gültige Regelwerk für alle Finanzakteure einschließlich Hedge-Fonds fordern. Sie muss Bonuszahlungen wirksam begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg binden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich die Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen. Sie muss die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen.
- Am Atomausstieg gemäß den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Die erneuerbaren Energien sollen weiterhin auf hohem Niveau gefördert werden, um uns von den konventionellen Energieträgern immer unabhängiger zu machen und auch Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.
- Zukunftsgerichtete Bildungs- und Forschungspolitik ist als Grundlage für die Sicherung des künftigen Wohlstands unseres Landes zu schaffen. Die Bundesregierung muss hier endlich ihrer Gestaltungsaufgabe nachkommen und sich nicht in Ankündigungen verlieren.
- Der Bund hat in gemeinsamer Verantwortung mit Ländern und Kommunen deshalb dafür zu sorgen, dass Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen möglich ist. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Betreuungseinrichtungen.

KOMMUNALES

Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. Mehr als 2 Milliarden Euro kosten sie allein die bislang beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen. Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion am 15. März zu einer kommunalpolitischen Konferenz eingeladen. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen sind gekommen. „Starke Kommunen – starke Stadtwerke“, das ist unser Ziel.

Gemeinsam haben wir uns an die Kommunalkonferenz der Fraktion vor einem Jahr erinnert. Auch Anfang 2009 war die Stimmung ernst und die Sorge vor den Auswirkungen der Krise groß. Aber wir hatten auch die Hoffnung, dass gemeinsames Handeln etwas bewirken kann. Mit unserem kommunalen Investitionsprogramm konnten die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen einsetzen.

Heute ist die Lage ganz anderes. Wo vor einem Jahr Solidarität, Entschlossenheit und politische Entscheidungskraft waren, spüren wir jetzt das Gegeneinander zwischen Bund und Kommunen, die Rücksichtslosigkeit von Schwarz-Gelb und die Orientierungslosigkeit der Bundesre-

gierung. Vor einem Jahr haben wir die Sanierung von Schulen, Schwimmbädern und Sportstätten ermöglicht. Heute kommen aus Nordrhein-Westfalen die Meldungen, dass Schulen und Schwimmbäder geschlossen, die Straßenbeleuchtungen am Stadtrand ausgeschaltet und dass Gebühren für kommunale Leistungen erhöht werden müssen.

Und als sei das noch nicht genug, setzt Schwarz-Gelb in Berlin eine Gemeindefinanzkommission ein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Diese Katastrophe darf nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb fordern wir als Soforthilfe in der Notlage einen Kommunalschirm von 4 Milliarden Euro gegen die Krise, volle Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und 400 Millionen Euro mehr Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Wir fordern, dass die Stadtwerke ihre Chance im Wettbewerb nutzen können und dass die Kommunen durch eigene wirtschaftliche Betätigung die Finanzierung nichtprofitabler Aufgaben bei sozialer Integration und Kultur absichern können.

Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden

Die Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen Integration, sie sind wichtig für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, sollten für Verlässlichkeit stehen und sind maßgebend für das funktionierende Zusammenleben in Deutschland. In ihrer Kommunalkonferenz konnte die SPD-Bundestagsfraktion erneut deutlich machen, dass sie die Sorgen und Nöte der Kommunen ernst nimmt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen wird.

Der Vorsitzende der Bundes-SGK, Stephan Weil, forderte in seiner Rede die schwarz-gelbe Koalition auf, angesichts der größten finanzpolitischen Krise der Kommunen nicht weiter die Abschaffung der Gewerbesteuer, die den Kommunen rund 40 Milliarden Euro Einnahmen bringen, zu betreiben: „Wer die Gewerbesteuer durch einen kommunalen Hebesatz auf die Einkommensteuer und einen höheren kommunalen Anteil an der Mehrwertsteuer ersetzen will, der will die Unternehmen in Milliardenhöhe entlasten und die Bürger in gleicher Höhe belasten. Diese ungerechte Politik werden wir nicht mitmachen.“

Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass die Bundesregierung die Kommunen nicht ausbluten lässt. Wir werden immer wieder darauf aufmerksam machen, dass es sich bei den Plänen von Schwarz-Gelb um ein milliardenschweres Umverteilen von den Unternehmen auf die Bürger handelt. Das werden wir nicht zulassen. Die Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden.